



FLASH

Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten im Europäischen Parlament
Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats in the European Parliament
Groupe du Parti Populaire Européen (Démocrates-Chrétiens) et Démocrates Européens au Parlement européen

Internet address: <http://www.epp-ed.eu>
<http://www.cdcsu.eu>

Pressedienst - Press Office - Service de Presse

Brüssel, 02. September 2008

Andreas Schwab (EVP-ED/CDU):

Rechtssicherheit für Autofahrer auch bei Unfällen im Ausland

Der südbadische CDU-Europaabgeordnete Dr. Andreas Schwab hat die vom Europäischen Parlament in dieser Woche verabschiedete Entschließung zur Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung begrüßt: "In einem zusammenwachsenden Binnenmarkt, in dessen Mittelpunkt die Freizügigkeit steht, nimmt der grenzüberschreitende Kraftfahrzeug-Reiseverkehr zu- und damit auch der Bedarf an einheitlichem Schadenersatz und Prozesskosten im Rahmen von Autofahrten im EU-Nachbarland."

"Auch wenn keine Rechtsgrundlage für die Harmonisierung des Schadenersatzrechts auf europäischer Ebene besteht, hat der EuGH mit seinem Urteil zum Brüsseler Übereinkommen (Vorlage des OLG Köln) die Abwicklung von KFZ-Schäden dadurch erleichtert, dass auch im Heimatland des Unfallopfers geklagt werden kann", so Schwab.

Allerdings ist die Kommission gefordert nach Wegen zu suchen, die oft unterschiedlichen Bewertungen von Schadenersatzzahlungen bei Verletzungen oder die unterschiedliche Behandlung der Prozesskosten in den verschiedenen EU-Staaten, so zusammenzuführen, dass der normale Autofahrer bei Fahrten ins europäische Ausland sicher sein kann, dass er bei der Abwicklung von Unfällen am Ende nicht auf hohen Kosten sitzen bleibt. Eine Lösung, die sich zur Abwicklung der unterschiedlichen Kosten anbietet, wurde kürzlich in einer Studie des Instituts CEPS vorgestellt: Ein Ausgleich nach Abwicklung des Gesamtschadens zwischen den beteiligten Versicherungen. Dies hätte den Vorteil, dass der Verbraucher sich nicht mit den Regelungen in unterschiedlichen Rechtsordnungen herumärgern müsste.

Eine obligatorische Verknüpfung der Rechtsschutzversicherung mit der Haftpflichtversicherung ist keine Lösung, weil das Grundprinzip der Vertragsfreiheit auch weiterhin bestehen bleiben muss, so Schwab abschließend.

Für weitere Informationen:

Büro Dr. Andreas Schwab, MdEP, Tel.: +32 - 2 - 2837938

CDU/CSU-Gruppe in der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament
Knut Götz, M.A. / M.E.L.S., Tel.: +32 - 2 - 28 41341 oder +32 - 479 - 972144 (GSM)
Thomas Bickl, M.A. Tel.: +32 - 2 - 28 32002 oder + 32 - 478 - 21 53 72 (GSM)
Lasse Böhm, Tel.: +32 - 2 - 28 40774 oder +32 - 484 - 65 68 97 (GSM)
Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Fax: +32 2 28 49044